



Finanzgruppe

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort

Statement

des Präsidenten des
Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

Helmut Schleweis

anlässlich der Online-Presskonferenz „Gemeinsame
Prognose der Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe“
am Mittwoch, 18. Januar 2023 in Berlin

Meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich.

Heute stellen wir Ihnen unsere Erwartungen zur Wirtschaftsentwicklung im anstehenden Jahr und darüber hinaus vor. Diese „Gemeinsame Konjunkturprognose“ hat bereits Tradition und ist das Ergebnis der Berechnungen von neun Chefvolkswirten aus der Sparkassen-Finanzgruppe.

Drei Themen sind mir in diesem Zusammenhang wichtig:

1. Eine Rezession wird die deutsche Wirtschaft nicht so hart treffen, wie noch im vergangenen Herbst befürchtet. Die deutschen Unternehmen, gerade auch der Mittelstand, sind robust aufgestellt. Wir sehen zur Zeit keine Insolvenzwelle. Die Ertragslage ist im Durchschnitt gut, die Auftragsbücher sind gefüllt. Dennoch bleiben wir vorsichtig. Wir erwarten, dass das BIP um 0,8 Prozent schrumpfen wird.

Viele Faktoren sprechen dafür, dass wir gut über den Winter kommen. Diese positive Botschaft darf uns aber nicht sorglos werden lassen.

2. Die Inflation bleibt in diesem Jahr und auch noch 2024 eines unserer Hauptprobleme. Wir werden auch in diesem Jahr mit hohen Teuerungsraten leben müssen, die sich erst 2024 abflachen werden. Für 2023 rechnen wir in Deutschland mit einer Inflation im Jahresdurchschnitt von 8 Prozent. Für 2024 prognostizieren unsere Chefvolkswirte 3,5 Prozent. Dabei gilt, dass die EZB ihren begonnenen Kurs der Zinswende fortführen muss. Die gesamte Volkswirtschaft leidet darunter, dass die Zinswende zu spät eingeleitet wurde. Die Kurskorrektur wirkt, als ob man mit einem Tanker eine schnelle Kehrtwende macht. Eigentlich müssten solche bedeutsamen Kurskorrekturen rechtzeitig und behutsam erfolgen. Dass der Druck jetzt nicht voll auf die ganze Volkswirtschaft durchschlägt, sondern abgepuffert wird, ist der langfristig angelegten Finanzierungskultur in Deutschland zu verdanken. Was die Kreditinstitute kurzfristig betriebswirtschaftlich belasten wird, schützt die volkswirtschaftliche Stabilität. Ich wünsche mir, dass diese Leistungen der Kreditwirtschaft für die ganze Volkswirtschaft anerkannt werden.
3. Die Krise ist nicht vorbei. Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erhalten, dürfen wir keine Zeit verlieren. Tiefgreifende Strukturveränderungen in der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft müssen jetzt zügig vorangetrieben werden, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland zu erhalten.

Aber jetzt erstmal zu den Ergebnissen der Konjunkturprognose: Im vergangenen Jahr hatten wir Ihnen einen sehr optimistischen Ausblick präsentiert. Die Hoffnung war, dass mit der Überwindung der Corona-Pandemie ein kräftiger Aufschwung der Weltwirtschaft und auch der deutschen Volkswirtschaft einsetzen würde. Wir setzten damals auf Nachholeffekte und ein kräftiges Wachstum. Leider ist es anders gekommen.

Der Ausbruch des völkerrechtswidrigen Krieges Russlands gegen die Ukraine, den wir uns alle so nicht haben vorstellen können, hat die Lage völlig verändert. Neben all dem menschlichen Leid und der Zerstörung, die dieser Krieg nun schon seit fast einem Jahr mit sich bringt, ist die internationale Zusammenarbeit aufs Tiefste erschüttert. Der Global Risk Report des World Economic Forum spricht gar schon vom „Ende der Globalisierung“. Auf jeden Fall muss man feststellen, dass eine Re-Globalisierung stattfindet.

Diese Entwicklungen treffen uns in Deutschland unmittelbar:

- In Energieknappheit und bei Energiekosten.
- Durch veränderte Warenströme und gespannte Lieferketten.
- Im Kontakt mit Menschen, die bei uns Zuflucht suchen und denen wir beistehen müssen.

Und es gibt noch weitere belastende Faktoren:

- Die Pandemie ist immer noch nicht gänzlich überwunden.
- Und die Inflation bleibt in vielen Regionen der Welt ein Problem.

Um die Folgen all dieser Krisen zu überwinden, wird es vermutlich 10 Jahre brauchen.

Die Nachrichtenlage hat sich in den vergangenen Monaten etwas verbessert. Die meisten Prognosen für 2023 wurden deshalb zuletzt eher angehoben. Auch die Kolleginnen und Kollegen, die sich an unserer „Gemeinsamen Prognose“ beteiligen, haben das getan. Seit verganginem Freitag, mit der Schnellschätzung des Statistischen Bundesamtes, kennen wir eine erste amtliche Wachstumszahl für das abgelaufene Jahr 2022: sie ist 1,9 Prozent. Das Wachstum im alten Jahr stützte sich vor allem auf einen starken Jahresanfang. Aber auch die beiden mittleren Quartale blieben selbst im Angesicht des Krieges noch recht robust. Und das vierte Quartal ist nach den bisherigen Zahlen besser ausgefallen als erwartet. Wir bleiben aktuell dennoch vorsichtig. Wir erwarten, dass das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um - 0,8 Prozent sinken wird. Schwacher Konsum, nachlassende Bautätigkeit sowie eine schwächelnde Weltwirtschaft werden ihre Spuren zeigen. Unsere Chefvolkswirte gehen davon aus, dass vor allem das erste Quartal 2023 eine negative BIP-Entwicklung zeigen wird. Doch es ist bei Weitem nicht alles grau in grau. Die gute Nachricht lautet: Die Lage ist besser als erwartet und die Rezession könnte flacher verlaufen und kürzer sein, als noch im Sommer

und Herbst 2022 befürchtet. Und wir sehen die Chance, dass sie bereits im Laufe des Jahres überwunden wird.

Es zeigt sich die Stärke Deutschlands, mit Krisen umzugehen. Mehrere Faktoren sorgen dafür, dass die Situation besser ist, als noch im Herbst befürchtet:

- Die Energiesituation hat sich entspannt. Die Regierung hat auf die stark gestiegenen Energiekosten mit Veränderungen bei der Energieproduktion und -beschaffung, sowie mit Transfers und Preisbremsen reagiert. Wenn wir weiter entschlossen einsparen und der Winter mild bleibt, können wir auf eine weitere Entspannung hoffen.
- Der Stimmungstiefpunkt der deutschen Wirtschaft ist überwunden.
- Der Arbeitsmarkt zeigt sich robust. Von Rezession ist hier nichts zu merken.

Ein Wiederanspringen des Wachstums und ein Aufholen sind auch dringend notwendig: Mit den Corona- und Kriegs-Jahren haben wir inzwischen vier Jahre mit einer unter dem Strich stagnierenden Wirtschaftsentwicklung erlebt. Gleichzeitig sehen wir, dass die Wirtschaft sehr flexibel reagiert. Aber die Bewältigung der aktuellen Krisen darf nicht den Blick verstellen auf die mittel- und langfristigen Herausforderungen, vor denen der Wirtschaftsstandort Deutschland steht. Dabei geht es um Investitionen in die Transformation der Wirtschaft, in die Digitalisierung unserer Gesellschaft und in die Infrastruktur. Wir müssen das ganze Land modernisieren und nachhaltiger aufstellen, um auch in Zukunft ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort zu bleiben. Die Notwendigkeit der ökologisch-ökonomischen Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit ist unbestritten. Gleichzeitig kann sie unter den richtigen Rahmenbedingungen auch Spaß machen. Insbesondere für mittelständische Unternehmen bestehen Chancen: Klimafreundlichere Produkte müssen hergestellt und nachhaltige Projekte umgesetzt werden. Neben Köpfchen und Engagement braucht es – das ist klar – auch Geld. Damit der Umbau gelingt und Deutschland seine Klimaziele erreicht, sind jedes Jahr Investitionen in Höhe von 115 Milliarden Euro nötig. Das ist eine gewaltige Summe. Institutionelles Kapital ist ebenso nötig wie privates. Und es braucht starke Finanzierungspartner, um die Projekte vor Ort zu stemmen. Die Sparkassen stehen bereit, ihren Teil der Verantwortung zu übernehmen.

Ein wesentlicher Aspekt der Transformation ist die energetische Sanierung. Nur so wird langfristiges Energiesparen möglich sein. Kraftvolle Förderprogramme sollten richtige Anreize setzen. Ziel sollte sein, die jährliche Sanierungsquote von 1 Prozent auf mindestens 2 Prozent des Immobilienbestandes zu erhöhen.

Neben der ökologischen Transformation sind auch strukturelle Veränderungen notwendig. Spätestens mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine ist deutlich geworden, dass sich die

Welt in neue Interessenblöcke gruppiert. In der Folge muss Europa und Deutschland als wesentlicher Teil davon, seine Lieferketten genauer prüfen und seine Souveränität stärken. Das Beispiel Energie zeigt, was sich erreichen lässt, wenn die richtigen Weichenstellungen vorgenommen werden. Analog muss auch in anderen Bereichen – etwa bei Medikamenten – geprüft werden, wie Lieferketten robuster gemacht werden können. Die Aufgabe besteht darin, Deutschland und Europa unabhängiger von Importen aus anderen Teilen der Welt zu machen. Gleichzeitig brauchen wir aber verlässliche Vereinbarungen, um uns mit Rohstoffen und Gütern zu versorgen, die wir nicht haben. Im Rahmen der EU müssen wir deshalb eine Strategie der Re-Globalisierung, der Diversifizierung der Wirtschaftsbeziehungen und der wirtschaftlichen Souveränität verfolgen. Dazu gehört, die Handelsbeziehungen mit solchen Ländern zu stärken, mit denen wir gemeinsame Werte teilen.

Lassen Sie uns nun noch einen ersten Blick auf die Prognosen für den Euroraum werfen, die das aktuelle Zahlenwerk auch beinhaltet. Das BIP des gesamten Währungsraums sehen unsere Volkswirte 2023 an der Nulllinie entlangschrammen. Wahrscheinlich bleibt eine spürbare Rezession dem Euroraum sogar formal knapp erspart. Für das Jahr 2024 wird die Entwicklung im Euroraum dann ähnlich eingeschätzt wie für Deutschland. Die eigentliche wirtschaftspolitische Zielverfehlung bleibt die viel zu hohe Inflationsrate – sowohl im Euroraum als auch in Deutschland. Der außerordentliche Energiepreisanstieg in Folge des Ukraine-Krieges hat der Inflation einen kräftigen Schub verpasst. Aber er allein ist nicht verantwortlich. Die Preissteigerungen hatten schon vorher Anlauf genommen, seit Mitte 2021 auch im Zuge der Lieferkettenstörungen im Gefolge der Pandemie. Dass die Inflationsdynamik so stark verfängt, ist auch dem sehr weit geschneiderten Liquiditätsmantel geschuldet. Wie Sie wissen, haben wir viele Jahre lang vor den Folgen der Niedrig- und Negativzinspolitik gewarnt und die EZB mehrfach aufgefordert, sich frühzeitiger und flexibler auf die geldpolitische Wende vorzubereiten. Wir sehen uns bestätigt. Es hat sich gezeigt, wie schwierig es ist, die Inflation einzudämmen in einem solchen Umfeld nach vielen Jahren einer extrem expansiven Geldpolitik. Immerhin agieren die Notenbanken der großen Währungsräume inzwischen entschlossen mit einer geldpolitischen Normalisierung, zuerst die Federal Reserve seit 2021 und seit Sommer 2022 auch die Europäische Zentralbank. Die jetzt erforderlich gewordenen, sehr schnellen Zinssteigerungen belasten die Wirtschaft und sind auch für unsere Institute mit einigen Herausforderungen verbunden. Die steigenden Zinsen bremsen das Wachstum jetzt ausgerechnet in der aktuellen konjunkturellen Schwächephase. Doch es gibt keine Alternative zur Fortsetzung der geldpolitischen Wende. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass es besser wird.

In der Konsequenz müssen die Leitzinssteigerungen fortgesetzt und der angekündigte Bilanzabbau der Notenbanken alsbald beschleunigt werden. Aber bleiben wir zunächst noch bei der Inflation selbst: Unsere „Gemeinsame Prognose“ sagt für 2023 mit einem Anstieg der

Verbraucherpreise (HVPI) um 7 Prozent im Euroraum und sogar 8 Prozent in Deutschland im Jahresdurchschnitt noch einmal Raten auf einem mit 2022 vergleichbaren hohen Niveau voraus. Für Verbraucherinnen und Verbraucher wird es also weiter teurer. Steigende Preise sorgen dafür, dass der finanzielle Spielraum vieler Menschen kleiner wird und die Unzufriedenheit wächst. Es droht gesellschaftliche Schieflage. Auch deshalb ist es wichtig, die Entwicklung der Preise zügig in den Griff zu bekommen. Hinzu kommt, dass die Preise auf breiter Front zulegen. 2023 werden weniger als 2022 die Sonderentwicklungen bei den Energiepreisen für die Gesamtinflation verantwortlich sein. Stattdessen zeigen sich breit angelagte Zweitrundeneffekte. 2024 wird die Preissteigerung geringer ausfallen. Sie bleibt allerdings mit 3,5 Prozent auch dann noch deutlich über dem Zielniveau der EZB. Es ist denn auch die Inflation, die aus Sicht unserer Chefvolkswirte als größtes Risiko für den – mit der in Aussicht gestellten Erholung ansonsten einigermaßen optimistischen – Ausblick des Hauptszenarios darstellt.

Meine Damen und Herren, die Einzelheiten der „Gemeinsamen Prognose“, den Datenkranz und die Risiken, wird Ihnen nun, stellvertretend für den Kreis der daran beteiligten Ökonomen, Herr Dr. Ulrich Kater, Chefvolkswirt der DekaBank, erläutern.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.